

ARBEITERKAMMER WIEN

JETZT SOZIALE AKZENTE SETZEN!

Ausgewählte Forderungen der AK



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

I. EINLEITUNG

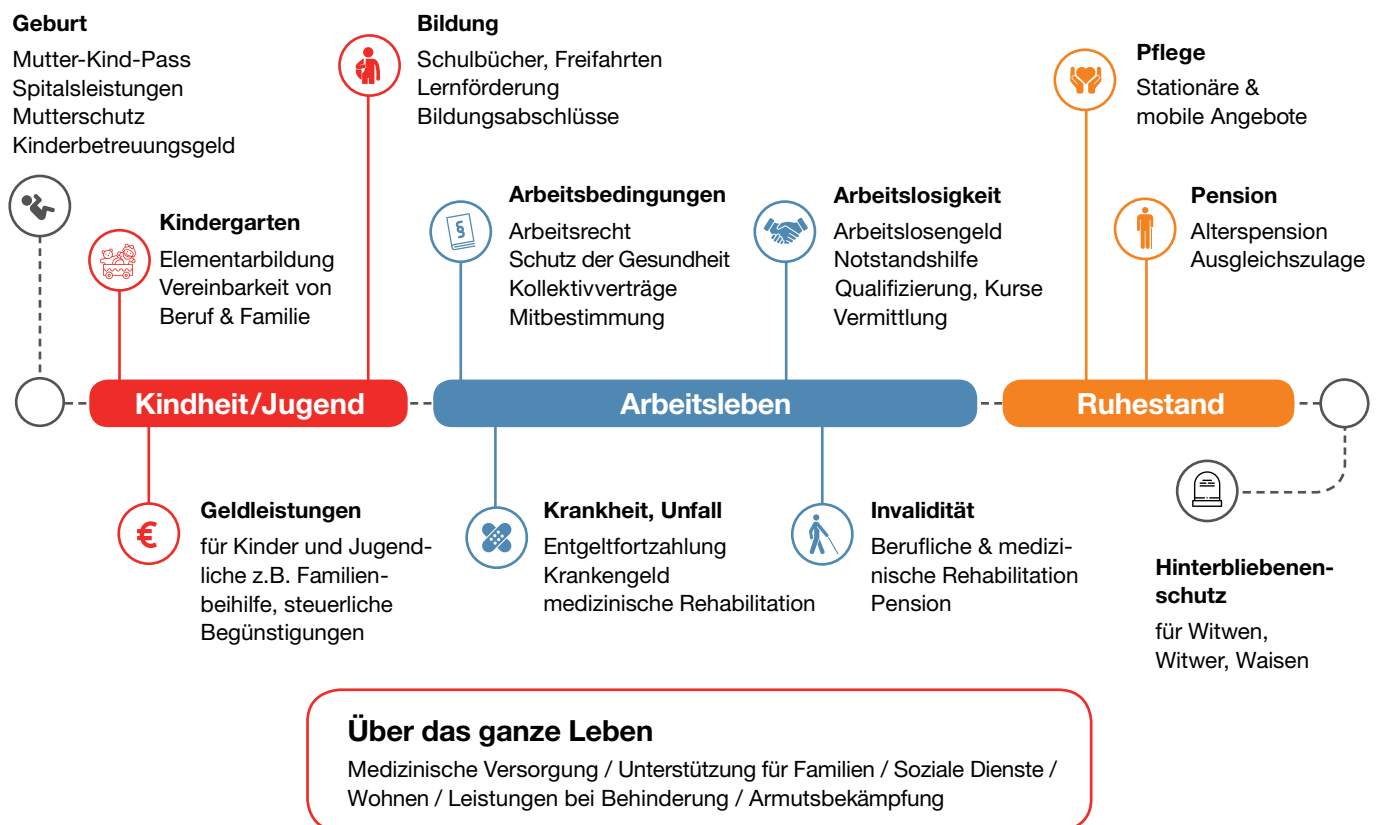
Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich haben Österreich stark und erfolgreich gemacht. Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild. Während der Corona-Krise hat der Sozialstaat vielfach gezeigt, was er alles kann. Bewährte Institutionen des Sozialstaats, denen die Bevölkerung vertraut, sind eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand.



Eines sollte klar sein: Wir sind alle Teil des Sozialstaats und immer wieder auf ihn angewiesen!

In Österreich profitieren alle Menschen – je nach Lebens- und Einkommenssituation – in unterschiedlicher Intensität von sozialstaatlichen Leistungen: Während unserer Kindheit besuchen wir meist das staatliche Schulsystem. Im Falle einer Krankheit kontaktieren wir einen Arzt oder eine Ärztin, der oder die uns dank gesetzlicher Krankenversicherung weitgehend kostenfrei untersucht. Sollten wir den Arbeitsplatz verlieren, bietet die Arbeitslosenversicherung einen Lohnersatz. Im Alter sichern Pensionen die Lebensgrundlage. Es ist schwer auszumalen, wie unser heutiges Leben ohne staatliche Infrastruktur (von Schulen bis zu Spitälern) und Sozialleistungen aussehen würde.

GEMEINSAM MIT DEM SOZIALSTAAT DURCHS LEBEN



Quelle: AK (2021), eigene Darstellung

COVID-19 ALS UNGEWOLLTER STRESSTEST

Die COVID-19-Krise hat nicht nur in vielen Bereichen ein soziales Ungleichgewicht deutlich sichtbar gemacht, sondern stellt aktuell auch die größte Bedrohung für den Wohlstand in Österreich dar. Nun geht es darum auf vielen Ebenen gegenzusteuern und die Folgen der Krise wirksam zu bekämpfen.

Der Sozialstaat allgemein und das Gesundheitssystem im Besonderen haben trotz widriger Umstände und vorangegangener und versuchter Kürzungen den Stresstest äußerst gut bestanden. Es konnte beispielsweise der Zugang zu Gesundheitsleistungen in hoher Qualität für alle Bevölkerungsgruppen garantiert werden – private Anbieter selektieren dagegen nach finanziellen Möglichkeiten und Gesundheitsrisiken.

Den bewährten Entscheidungsstrukturen und automatischen Sicherungssystemen des Sozialstaates ist es zu verdanken, dass die Menschen auch in einer solchen Krise nicht zurückgelassen werden. Gleichzeitig gilt es, diese Leistungen zu erhalten und weiterzuentwickeln, insbesondere in Richtung einer besseren Absicherung von Arbeitslosen und armutsbetroffenen Personen. Der Sozialstaat begleitet uns ja über unser ganzes Leben in unterschiedlichsten Formen.

Die Sozialpartnerschaft ist für eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik von besonderer Bedeutung. Der Dialog auf Augenhöhe mit den zentralen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen AkteurInnen wird auch weiterhin notwendig sein, um die anstehenden Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen Geschlechtergerechtigkeit, Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen, Wohnen, Energie und Klimaschutz, Bildung sowie soziale Sicherheit zu bewältigen.

VOLLBESCHÄFTIGUNG ALS NEUE PRIORITÄT?

Corona hat sich besonders auf die ArbeitnehmerInnen ausgewirkt: Während die einen nicht wussten, wie sie die anfallende Arbeit bewältigen sollten, haben andere ihren Arbeitsplatz verloren. Weiters entstanden für viele völlig neue Bedingungen, wie zB Home-Office oder Kurzarbeit. Bereits vor Corona haben Beschäftigte vom gestiegenen Druck berichtet, die Einführung des 12-Stunden-Tages hat diesen noch zusätzlich verstärkt.

Die gesamte Gesellschaft profitiert von einer aktiven und gerechten Arbeitsmarktpolitik. Angesichts der extrem herausfordernden Arbeitsmarktlage wirkt das Ziel der Vollbeschäftigung sehr ambitioniert. Es sollte aus Sicht der AK dennoch oberste Priorität haben – gerade vor dem Hintergrund, dass es bei den politisch Verantwortlichen in Österreich und Europa für viele Jahre völlig aus dem Blickfeld geraten ist.

Eine wohlstandsorientierte Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung steht vor zahlreichen Herausforderungen. Es braucht dringend entschiedene und mutige beschäftigungspolitische Schritte. Neben öffentlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kann eine Arbeitszeitverkürzung dazu beitragen, nicht nur die Erwerbslosigkeit einerseits und die Überlastung andererseits zu reduzieren, sondern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Die #Offensive Arbeitsmarkt der AK liefert dazu entscheidende Impulse und Debattenbeiträge.

II. AUSGEWÄHLTE BEREICHE DES SOZIALSTAATS

ARBEITSMARKTPOLITIK

In der Arbeitsmarktpolitik als wichtiger Teil und Ergänzung einer aktiven Beschäftigungspolitik geht es der AK zunächst um eine **gute soziale Absicherung von arbeitslos gewordenen ArbeitnehmerInnen**, die ein Abgleiten in Armut verhindert. Gleichzeitig gibt diese den Betroffenen die finanzielle Sicherheit für die Suche nach einem Arbeitsplatz, der den persönlichen Erwartungen an Arbeitsinhalt, Arbeitsbedingungen und Einkommen möglichst weitgehend entspricht.



Arbeitslose ArbeitnehmerInnen müssen darüber hinaus auf eine **gute Unterstützung bei der Arbeitssuche durch das Arbeitsmarktservice (AMS)** bauen können. Zentrale Themen für die AK sind hier ein leichter Zugang zu gut beschriebenen Stellenangeboten, Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen genauso wie Unterstützung, wenn es bei der Arbeitssuche Schwierigkeiten, Rückschläge und Herausforderungen, etwa im Zusammenhang mit der Arbeitsaufnahme an einem anderen Ort gibt. Langzeitarbeitslose ArbeitnehmerInnen brauchen intensive Begleitung auf dem Weg in Arbeit und Einkommen. Neben Lohnsubventionen für ArbeitgeberInnen und Übergangsarbeitsplätzen in Beschäftigungsprojekten des AMS müssen öffentlich geförderte Dauer-Arbeitsplätze insbesondere im Bereich sozialer, kultureller und ökologischer öffentlicher Dienstleistungen in den Gemeinden, Städten und Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Der österreichische Arbeitsmarkt ist nicht nur von einem Überangebot an Arbeit gekennzeichnet, er befindet sich auch in einem tiefgreifenden Wandel. Damit sind rasch ändernde Anforderungen an die

beruflichen Fertigkeiten und Fähigkeiten der ArbeitnehmerInnen verbunden. Ein **Recht der ArbeitnehmerInnen auf finanziell gut abgesicherte berufliche Höherqualifizierung bzw Ausbildung** für einen beruflichen Neustart, eingebettet in eine gute Bildungsberatung und -begleitung, muss daher das Ziel sein.

„INTEGRATIONSPFAD ARBEIT“

Österreich ist ein Einwanderungsland. Das spiegelt sich gerade auf dem Arbeitsmarkt wieder – in Wien haben knapp die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen Migrationshintergrund. Diese ArbeitnehmerInnen erleben allerdings oft massive Benachteiligungen gerade auch im Arbeitsleben. Sie werden beim Zugang zu Arbeitsplätzen diskriminiert und in viel zu vielen Fällen, etwa in Saisonbeschäftigung, um ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche gebracht. In der Gesundheitskrise hat sich aber auch gezeigt, dass es gerade diese ArbeitnehmerInnen sind, die für das Überleben der Gesellschaft unverzichtbare Arbeit – etwa im Handel und im Gesundheits- und Pflegebereich – leisten.

Die Regulierung der Arbeitsmigration aus Drittstaaten nach Österreich durch die Rot-Weiß-Rot-Karte muss in wichtigen Punkten weiterentwickelt werden. Die Beurteilung eines Mangels an Facharbeit steht im Zentrum für die Eröffnung von Zuwanderungsmöglichkeiten für entsprechend ausgebildete ArbeitnehmerInnen aus Nicht-EU-Ländern.

Ein rascherer, aber durch entsprechende berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote unterstützter Arbeitsmarktzugang von Menschen im Erwerbsalter, die aus Gründen wie Familienzusammenführung, Ausbildung oder Flucht nach Österreich gekommen sind, ist ein weiterer Schwerpunkt der integrationspolitischen Interessenvertretung der AK.



Das gilt auch für den Abbau der Diskriminierung von ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt durch ArbeitgeberInnen wie auch durch KollegInnen in den Betrieben. Information, Beratung, Unterstützung von Betriebsräten und von Betroffenen in Verfahren nach dem Gleichbehandlungsgesetz sind hier wichtige Ansätze. Entscheidend sind deutlich bessere politische Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zugewanderter Menschen über ihr aktives und passives Wahlrecht bei Betriebsrats- und Arbeiterkammerwahlen hinaus.

Insgesamt fordert die AK eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik:

- Armutsfeste Existenzsicherung für Arbeitssuchende.
- Personelle und finanzielle Aufstockung des AMS, um den Herausforderungen gerecht werden zu können.
- Besondere Unterstützung für Langzeitarbeitslose für den (Wieder)Einstieg in den Arbeitsprozess.
- Recht der ArbeitnehmerInnen auf finanziell gut abgesicherte berufliche Höherqualifizierung bzw Ausbildung.
- Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte, die sich am echten Bedarf an Fachkräften orientiert.
- Schneller und guter Arbeitsmarktzugang wie auch entsprechende berufliche Aus-/ Weiterbildungsangebote für Menschen, die nicht aus Gründen der Rot-Weiß-Rot-Karte zugewandert sind.
- Rascher Abbau der Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt.



GESUNDHEITSBERUFE/PFLEGEPOLITIK

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie dringend notwendig es ist, **ausreichend Gesundheitspersonal in den Bereichen der Langzeitpflege**, aber auch allgemein in der Gesundheitsversorgung zu haben. Bereits vor der Krise waren die psychischen und physischen Belastungen zu hoch für die Beschäftigten in diesen zentralen Bereichen. Aufgrund der demografischen Entwicklung braucht es dringend mehr Angebote für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen. Das bedeutet nicht nur den Ausbau der Dienstleistungen, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen, die sich nicht nur in vernünftigeren Personalschlüsseln niederschlagen müssen.

Der Ausbau der Dienstleistungen muss umfassend erfolgen. Die notwendigen Investitionen betreffen Pflege- und Betreuungsdienstleistungen in allen Bereichen – dh, wir benötigen ein flächendeckendes Angebot sowohl an mobilen wie auch stationären Diensten, um menschenwürdiges Älterwerden zu ermöglichen.

Diese Ausweitung hängt wie auch die Verbesserung der aktuellen Arbeitsbedingungen stark mit der Personalausstattung zusammen. Der Druck auf die ArbeitnehmerInnen in der Pflege war bisher schon enorm hoch – zT zu hoch, wie auch die Berufswechsel aus der Pflege nahelegen. Mehr Personal, das auf einer vernünftigeren, den hohen Anforderungen besser entsprechenden Berechnung des Bedarfs basiert, ist unabdingbar.

Die **Aufstockung des Personals** muss nach einer österreichweit verpflichtenden, einheitlichen, transparenten und **evidenzbasierten Personalbedarfsberechnungsmethode** unter Einberechnung von Ausfallszeiten (zB Urlaub, Fortbildung, Krankenstand, Schwangerschaft und Karenz) und zeitlichen Ressourcen für Ausbildung erfolgen. Als ersten Schritt dazu fordern wir **Mindestregelungen für die Berechnung des Personalbedarfs** – wie zB schnellere Nachbesetzung von MitarbeiterInnen oder die Nichteinrechnung beispielsweise von Führungspersonal oder auch Reinigungskräften von den medizinischen und pflegerischen Basisleistungen.

Auch die Etablierung **moderner Arbeitszeitmodelle**, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen orientieren, stellen ein wichtiges Handlungsfeld dar. Ziel dabei ist es, neben Maßnahmen zur **Reduktion von belastenden Situationen** – beispielsweise durch die strukturelle Überlastung in Ambulanzen und Nachtdiensten – auch mehr **Dienstplansicherheit und damit eine bessere Planbarkeit für Arbeit** und Freizeit zu erreichen. Zu enge Zeitkorsetts im täglichen Tun schränken auch die Qualität der Pflege und Betreuung massiv ein. Ein neues Motto müsste auch sein: „**Mehr Zeit für Menschlichkeit!**“ Nur so kann auch eine personen-/bedürfnisorientierte Versorgung – selbst in komplexen Situationen – sichergestellt werden.

Bessere Ausbildungsbedingungen sind ein weiteres Handlungsfeld. Aus Sicht der AK sind verpflichtende **Praktikumsgelder** für alle Auszubildenden und StudentInnen einzuführen bzw. anzuheben. Für QuereinsteigerInnen ist die **existenzsichernde Deckung des Lebensunterhalts während der Ausbildung** sicherzustellen. Den Beschäftigten sollen entsprechende Möglichkeiten von weiteren **berufsbegleitenden Ausbildungen** zur Verfügung stehen. Wichtig ist neben einem Anspruch auf **transparente und einheitliche Anrechenbarkeit** von berufseinschlägigen Vor-Ausbildungen auch die Möglichkeit einer **verkürzten Ausbildung für Berufsangehörige mit Assistenzbildungen** (zB Pflegeassistenz oder Medizinische Assistenzberufe) **zum Bachelor** für Gesundheits- und Krankenpflege oder der gehobenen MTD-Berufe.

GUTE GESUNDHEIT FÜR ALLE

Österreich hat ein **sehr gutes Gesundheitssystem**. Der Bevölkerung können Therapien auf dem letzten Stand der Wissenschaft angeboten werden. Dies gilt es zu erhalten bzw. an einigen Stellen weiter zu verbessern.



In den letzten Jahren kann ein Anstieg an psychischen Erkrankungen beobachtet werden. Neben der erhöhten Arbeitsverdichtung führen zusätzlich unbezahlte familiäre Verpflichtungen wie Pflege oder Kinderbetreuung zu enormen **psychischen Problemen**. Die aktuelle Krise hat hier ebenfalls einen **großen Handlungsbedarf** aufgezeigt. Nicht nur die Krankenstandstage, sondern auch die Ausgabe von Heilmitteln aufgrund psychischer Belastungen haben sich deutlich gesteigert. Auch mehr als die Hälfte der Zuerkennungen von Rehabilitationsgeld oder Invaliditätspensionen erfolgt aufgrund psychischer Erkrankungen. **Leider ist die Kinder- und Jugendpsychiatrie noch stark unterversorgt.** Die aktuelle psychosoziale Versorgungssituation in Österreich ist von fehlenden kassenfinanzierten Behandlungsplätzen, langen Wartezeiten und finanziellen Hürden geprägt. Es ist besonders wichtig, jetzt in den Bereich der psychosozialen Versorgung zu investieren und diesen auszubauen.

Wichtig ist auch eine **Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker**, da Österreich hier im internationalen Vergleich eher schlecht abschneidet. Dies betrifft beispielsweise die DiabetikerInnen-Versorgung, wo eine Zusammenarbeit von multidisziplinären Teams unter Einbeziehung aller Gesundheitsberufe sinnvoll wäre.

Im Bereich der **Heilmittel fordert die AK eine gemeinsame Finanzierung** in Krankenhäusern und im niedergelassenen Bereich. Dies würde zu mehr Kostentransparenz führen und gewährleisten, dass überall in Österreich dieselben Heilmittel verfügbar sind. Es kann nicht sein, dass die Versorgung je nach Bundesland oder sogar Spitalsträger unterschiedlich ist.

In den letzten Jahren ist die Zahl der WahlärztInnen gestiegen, während zugleich in manchen Bereichen ein Mangel an VertragsärztInnen (zB KinderärztInnen, AugenärztInnen) besteht. Dies führt zu einem Zwei-Klassen-System, das ua von langen Wartezeiten auf Termine und weniger Zeit für die Behandlung von KassenpatientInnen geprägt ist. Um einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem für alle sicherzustellen, müssen daher in allen Fachrichtungen **wohnortnah genügend VertragsärztInnen** zur Verfügung stehen. Auch ein weiterer Ausbau der Primärversorgung muss vorangetrieben werden, da diese mit längeren Öffnungszeiten und multidisziplinären Teams eine noch bessere Versorgung für die PatientInnen bieten können.

Insgesamt fordert die AK ein nachhaltiges und gerechtes Gesundheitssystem:

- Vermeidung von Mehr-Klassen-Medizin durch Harmonisierung der Leistungen bei allen Krankenversicherungsträgern auf höchstem Niveau und zugleich Ausbau der Kassenvertragsstellen.
- Keine Leistungsver schlechterung und Selbstbehalte für Versicherte.
- Sicherstellung der Krisenresilienz des Gesundheitssystems durch bessere Koordinierung zwischen den zuständigen Stellen (Ländern, Bund, Sozialversicherung) und Aufbau lokaler Produktions- bzw Lagerkapazitäten im Arzneimittelbereich.

SICHERE UND GESUNDE ARBEIT

Die **Humanisierung der Arbeit ist ein sozialpolitisches Grundanliegen**: Wir treten für eine gesunde, sichere und menschengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitsumgebung und Arbeitsorganisation ein.

Ein **modernes ArbeitnehmerInnenschutzrecht** muss mit den Anforderungen einer sich rasant verändernden Arbeitswelt Schritt halten und im Einklang stehen. Unser Ziel ist die Schaffung einer **hochqualitativen Präventionskultur**, also vorausschauende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller ArbeitnehmerInnen, am Puls der Zeit.

Nachhaltig **verbesserte Arbeitsbedingungen** und gezielte Investitionen in den Ausbau von Prävention lohnen sich für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Weniger arbeitsbedingte Erkrankungen, Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle entlasten das Gesundheitssystem und führen zu einer höheren Arbeitsfähigkeit. Gesunde und leistungsfähige ArbeitnehmerInnen sind produktiver. Die Betriebe sparen sich durch geringerer Ausfallzeiten zusätzlich Kosten.

Höher, schneller, weiter – bis nichts mehr geht. Die Veränderung der Arbeitsanforderungen vor dem Hintergrund einer kapitalisierten, beschleunigten, digitalisierten und flexibilisierten Welt fordert ihren Tribut. Schneller Gewinn zählt zunehmend mehr als der Mensch.

Immer mehr Menschen halten den übermäßigen Anforderungen der „schönen neuen Arbeitswelt“ nicht mehr stand. Die Konsequenz: **Psychische Krankheiten sind auf dem Vormarsch**. Sie verursachen großes seelisches Leid für die Betroffenen und hohe betriebs- und volkswirtschaftliche Kosten.

Die **Lösungswelt „Gesunde Arbeit“** mit der Website www.gesundearbeit.at, dem monatlichen Newsletter, die Social-Media-Kanäle auf Facebook, Twitter und YouTube und dem Fachmagazin „Gesunde Arbeit“ ist die innovative Zusammenführung von Themen zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt mit redaktioneller Betreuung. „Gesunde Arbeit“ erhebt als etablierte Marke den Anspruch auf die Themenführerschaft zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit. Mit ihr erfolgte die Demokratisierung von Fachwissen und aktuellen Informationen für eine breitere Zielgruppe von MultiplikatorInnen.

Insgesamt fordert die AK eine gesunde und sichere Arbeitsumgebung:

- Ein modernes ArbeitnehmerInnenschutzrecht.
- Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung.
- Gezielte Investitionen in den Ausbau von Präventionsmaßnahmen.

GENDER PAY GAP SCHLIESSEN

Rund 924 Euro brutto entgehen den Frauen und ihren Familien im Schnitt jeden Monat durch den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied. Dadurch wird das Jahreseinkommen um fast 13.000 Euro reduziert.

Rechnet man den Unterschied auf ein **durchschnittliches weibliches Erwerbsleben** von 34,5 Jahren hoch, beträgt der **Verlust stattliche 457.000 Euro**. Es geht also um die Größenordnung eines Einfamilienhauses. Man könnte also zurecht von einer haushohen Ungerechtigkeit sprechen.

Die Ursachen dafür sind vielfältig: Einige davon haben mit **fehlender Fairness** zu tun. Etwa, wenn Männer und Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit unterschiedlich bezahlt werden. Weitere Gründe sind die **Ausbildungs- und Berufswahl, Bewertungsunterschiede von Arbeit** am und mit Menschen im Verhältnis zur Arbeit an Maschinen, geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen mit familienbedingten Berufsunterbrechungen und keiner Vollzeitberufstätigkeit, ungleiche Karrierechancen, mangelnde Transparenz der Einkommen und Lücken beim Angebot an Kinderbetreuung und Pflege. Die aktuelle Corona-Krise hat gezeigt, dass es gerade Frauen in niedrig bezahlten Berufen wie im Handel, in der Reinigung, in der Kinder- und der 24-Stunden-Betreuung oder im Gesundheitswesen waren, die das Land am Laufen gehalten haben. Hier gilt es, diesen **Frauen endlich die ihnen zustehende Anerkennung zukommen zu lassen** – in Form besserer Bezahlung und besserer Arbeitsbedingungen!

Die Arbeiterkammer kämpft für **Fairness in der Arbeitswelt**. Es braucht vor allem **volle Lohntransparenz** für die Beschäftigten, **Frauenförderpläne** zum Abbau von Einkommensunterschieden im Betrieb sowie einen **Ausbau der Angebote an Kinderbetreuung und Pflege**. Denn Frauen steht mehr zu.



EINE FAMILIENPOLITIK FÜR DIE ZUKUNFT

Zukunftsorientierte Familienpolitik setzt auf **Frühförderung der Kinder und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile**. Sie erkennt aber auch an: Familie bedeutet vieles, und auch Allein-erziehende, Patch-Work-Familien und gleichgeschlechtliche Paare gehören zu dieser bunten Vielfalt.

Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, damit Menschen sich nicht zwischen Beruf oder Familie und Kindern entscheiden müssen.

Dazu gehört ein **gut ausgebautes Netz an sozialen Dienstleistungen** in der Kinderbetreuung und Pflege, Gestaltungsspielräume bei der Arbeitszeit für Eltern und Unterstützung für eine aktive Rolle der Väter. Einem gut ausgebauten Angebot an hochqualitativen Betreuungs- bzw Kinderbildungseinrichtungen kommt zudem eine Schlüsselrolle bei der Frühförderung und Chancengleichheit der Kinder zu. Gerade in Krisenzeiten, wie gegenwärtig in der Corona-Pandemie, zeigt sich, dass Familien neben finanzieller Unterstützung Zugang zu einem flächendeckenden und hochqualitativen Angebot öffentlicher Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen brauchen.



Insgesamt fordert die AK mehr Fairness in der Arbeitswelt und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Volle Lohntransparenz.
- Frauenförderpläne.
- Flächendeckender Ausbau der Angebote für Kinderbetreuung und Pflege.
- Hochqualitative Betreuungs- bzw Kinderbildungseinrichtungen.
- Bessere Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

GUTE ABSICHERUNG AUCH FÜR DIE HEUTE JÜNGEREN UND ANERKENNUNG FÜR UNSERE PENSIONISTINNEN

Unser Pensionssystem hat eine wesentliche zentrale Aufgabe: Die **Sicherstellung einer guten und verlässlichen Absicherung im Alter** (Angemessenheit der Alterssicherung). Dieses Versprechen muss mit einer **glaubwürdigen Finanzierungsperspektive** verbunden sein.

Es ist wichtig, dass Österreich weiterhin auf ein starkes öffentliches Pensionssystem setzt. Gerade in Krisenzeiten erweist sich ein staatliches **Pensionssystem als Stabilitätsfaktor**.

Unser Pensionssystem wird mit unseren Versicherungsbeiträgen finanziert. Zusätzlich zahlt auch der Bund mit allgemeinen Steuermitteln ins System ein. Diese gelungene Grundarchitektur wird aber in politischen Debatten immer wieder fahrlässig in Frage gestellt. Der Zuschuss des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung (Bundesbeitrag) wird in den nächsten Jahren auch aufgrund der Corona-Krise von 2,9 Prozent auf 3,4 Prozent des BIP ansteigen. Langfristig ist aufgrund umfassender Reformen und stärkerem Fokus auf Erwerbsintegration nur mit einem geringfügigen Anstieg zu rechnen, obwohl der demografische Anteil bei Älteren und damit die Zahl der Pensionen massiv steigen wird.

Wichtig für die nachhaltige Finanzierung ist ein solides und beschäftigungsintensives Wirtschaftswachstum! Der Art der Bewältigung der Corona-Krise wird dabei eine zentrale Rolle zukommen. Sichergestellt werden muss, dass der durch die Corona-Krise verursachte Wirtschaftseinbruch nicht zu Lasten der Pensionen geht.

Die Pensionsreformen in der Vergangenheit haben neben besseren Finanzierungsperspektiven jedoch auch zu erheblichen Herausforderungen am Arbeitsmarkt geführt. Viele Versicherte, die früher noch in Pension gehen konnten, sind arbeitslos geworden. Die Corona-Krise hat die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit massiv erhöht. Daher ist es eine wichtige Aufgabe zukünftiger Sozialpolitik, Menschen Arbeit zu geben und ältere Menschen durch Prävention und Rehabilitation erwerbsfähig zu erhalten. Weiters ist zur Verhinderung von Frauenaltersarmut eine faire Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten sowie der Zeiten der Pflege von Angehörigen erforderlich.

Insgesamt fordert die AK die Sicherstellung einer guten und verlässlichen Absicherung im Alter:

- Stärkung des staatlichen Pensionssystems.
- Finanzierung nachhaltig sicherstellen.
- Verhinderung von Frauenaltersarmut.



DIE COVID-KRISE TRIFFT ARME MENSCHEN AM STÄRKSTEN, UNTERSTÜTZT WERDEN SIE WENIGER ALS ANDERE!

COVID-19 trifft nicht alle gleich. **Wer vor der Krise wenig hatte, wird von der derzeitigen Situation noch stärker getroffen.** Viele Menschen, die zu Beginn der Krise arbeitslos geworden sind, haben bis jetzt keine neue, existenzsichernde Arbeit gefunden. Die meisten von ihnen leben vom Arbeitslosengeld oder von der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Manche können sich geringfügig etwas dazu verdienen. Übrig bleibt, dass sie ihre (oft vorher schon geringen) Ersparnisse angreifen müssen, was sie immer weiter in die Armutsspirale treibt. Von der – eben verlängerten – Erhöhung der Notstandshilfe profitieren sie nicht, da die Sozialhilfe für sie im gleichen Ausmaß gekürzt wird. Zusätzlich hat schon 2019 die Reform der Sozialhilfe dazu geführt, dass es zu weitreichenden Leistungskürzungen gekommen ist, auch für Kinder.

Aus der Gesundheitskrise wird eine soziale und gesellschaftliche Krise. Immer mehr Menschen werden das letzte Sicherungsnetz der Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Viele werden sich auch ihre Mieten nicht mehr leisten können, was einen Anstieg bei den Delogierungen und damit wohnungslosen Menschen bedeutet.

Alle diese Punkte zeigen erneut auf, wie wichtig für die Vielen in diesem Land eine starke Interessenvertretung wie die Arbeiterkammer mit klaren Positionen und Forderungen ist. Die täglichen Beratungsgespräche und eine fundierte, faktenbasierte Grundlagenarbeit sind dabei das Fundament für unsere Stimme nach außen.

III. AUS UNSERER SICHT STEHT ALSO VIEL AUF DEM SPIEL – DIE AK SETZT SICH EIN FÜR:

➤ ein gelungenes und planbares Leben:

- Chancengerechtigkeit und ein soziales Miteinander dürfen keine Schlagworte bleiben. Über ihr gesamtes Leben hinweg sollen sich die Menschen auf ein funktionierendes soziales Netz verlassen können.

➤ Unterstützung bei unsicheren Lebenslagen:

- Förderung von Fähigkeiten, Unterstützung in schwierigen Lebenslagen, aber auch „Sicherheit im Wandel“.
- Sicherung nicht nur des Lebensstandards in verschiedenen Phasen, sondern auch Ermutigung zur Entwicklung neuer Lebensabschnitte (zB Höherqualifizierung).

➤ eine hochwertige soziale Infrastruktur:

- Ausbau der Angebote für die Elementarbildung hin zu verschränkten Ganztagschulen.
- Stärkung und Harmonisierung der Leistungen des Gesundheits- und Pflegesystems auf höchstem Niveau.
- Gute und leicht zugängliche öffentliche Dienstleistungen, besonders in Zeiten der Digitalisierung und
- eine gesicherte Grundversorgung Aller mit elementaren Gütern des täglichen Lebens.

➤ eine gerechte Arbeitswelt:

- Arbeitszeitverkürzung fördert nicht nur die gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit zwischen Beschäftigten und Beschäftigungslosen, sondern auch eine ausgeglichene Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen.
- Sicherheit am Arbeitsplatz erhöht nicht nur die Produktivität der ArbeitnehmerInnen, sondern senkt gleichzeitig Krankenstände/Arbeitsunfälle und damit die dafür nötigen Kosten.

➤ gerechte Teilhabe in der Gesellschaft:

- Sozial-, arbeitsmarkt-, bildungs- und familienpolitische Maßnahmen erhöhen die Arbeitsmarktchancen der Menschen. Über einen hohen, realisierten Beschäftigungsstand wird wiederum die Finanzierungsgrundlage des Sozialstaats gesichert.
- Neuverhandlung der Sozialhilfe/Mindestsicherung, um sie armutsfest zu machen, nach den beschlossenen Verschlechterungen 2019.
- Höhere Kinderrichtsätze in der Mindestsicherung/Sozialhilfe.
- Die Nichtanrechnung der Erhöhung der Notstandshilfe auf die Sozialhilfe/Mindestsicherung, damit die finanziell Schwächsten in der Gesellschaft von den COVID-Unterstützungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen sind.
- Einen „Hilfsfonds Miete“, damit Haushalte mit pandemiebedingten Zahlungsschwierigkeiten bei ihren Mietzahlungen unterstützt werden.

IMPRESSUM

Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum
Fotos: AdobeStock
© 2021: AK Wien

Stand Juni 2021



wien.arbeiterkammer.at